

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschlüssel: Tagesblatt Riesa,  
Genuss Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen  
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des  
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen

Postfachkonto: Dresden 168.  
Circulasse Riesa Nr. 52.

Nr. 13.

Sonnabend, 16. Januar 1926, abends.

79. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintreffens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 39 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kuffschlag, feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontour gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Künftigste Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Riesnerianen oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller seinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Postamtsschutz und Verlag: Vanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Riesa.

## Das betrogene Rheinland.

Es wird noch in aller Erinnerung sein, wie man in den Tagen, als man in Berlin über die Annahme oder Ablehnung des Locarno-Vertrages sich aussprach, die Warner und Skeptiker durch den Einwand zu beschwichtigen suchte, dem deutschen Rheinland, das in den Nachkriegsjahren so unangenehm schwere Opfer bringen mußte, müsse durch die Zustimmung zu dem Vertrag die so ersichtliche Entlastung gegeben werden. Man sprach damals von Rückwirkungen, die die unmittelbare Folge des Vertrages seien und die dazu beitragen könnten, nicht nur die Verhältnisse im Rheinland günstiger zu beeinflussen, sondern überhaupt die so unerträgliche Spannung in den Beziehungen zwischen den ehemals feindlichen Ländern wesentlich zu mildern. Ueberhaupt der Begriff der Rückwirkungen zu erhalten, vergaß man ganz, daß der Verfall der Vertrag gerade in den Bestimmungen, die die Befestigung des Rheinlandes betrafen, und auch Rechte gab, die mit noch zu gewährenden Rückwirkungen gar nichts zu tun hatten. So die Räumung Kölns, die wir verhältnismäßig verlangen konnten, so die Verminderung der Besatzungstruppen um die Zahl der Mannschaften und Behörden, die im Gebiet der Kölner Zone untergebracht waren. Wohl verstanden, daß waren Rechte, die uns der Friedensvertrag gab und die nur durch die Auslegungsschwierigkeiten in Paris in den Begriff der Rückwirkungen hineingetragen wurden. Aber für uns Deutsche konnte es schließlich praktisch genommen ganz gleichgültig sein, unter welchem Begriff die Räumung rubriziert wurde, die Hauptfrage war und ist es auch heute noch, daß sie überhaupt erfolgt. Und hier in dieser unserer Hauptforderung müssen wir festhalten, daß wir betrogen sind. Köln ist auch heute noch nicht geräumt. Vorbereitungen sind ja wohl getroffen worden, aber der endgültige Termin der der rheinischen Metropole die Freiheit gibt, ist noch nicht einmal bekannt. Die Befehlshaber der Besatzungstruppen sind diese Verögerung mit den schwierigen Unterhaltungsbedingungen der freiwandernden Truppen und Amtsstellen in dem übrigen besetzten Gebiet. Sie bekräftigen damit die Annahme, daß die feindlichen Generalstabe am Rhein nicht geneigt sind, die Truppenstärke der Besatzungsmacht wesentlich zu vermindern, sondern sich nur bereit finden wollen, eine Umgruppierung vorzunehmen.

Der Ausdrucksfehler, der bekannt gab, daß die Besatzungsmacht sich darüber einig geworden seien, daß die Truppenstärke am Rhein nicht unter die Zahl von 75 000 heruntergedrückt werden dürfte, gab endlich die Klarheit über die wahren Absichten unserer Vertragsgegner. Vergleiche man den Inhalt der Note, die die Vorkonferenz am 16. November vorigen Jahres einbrachte mit diesen verführerischen Absichten, so wird man den ungeheuren Betrug erkennen, der geplant ist. In der Note der Vorkonferenz wurde nachdrücklich betont, daß die Verminderung der Besatzungstruppe, die annähernd auf normale Stärke gebracht werden sollte, auch dazu beitragen werde, die Verwendung von Wohnungen und Grundstücken, die bisher für die Besatzungstruppen gebraucht wurden, namentlich den deutschen Behörden und der Bevölkerung wieder zu ermöglichen. Man beachte den in der Note gebrauchten Ausdruck „normale Stärke“, der wohl nichts anderes heißt als daß die Besatzungstruppe sich der ehemaligen deutschen Friedensgarnisonstärke in der zweiten und dritten Zone annähern habe. Diese deutsche Friedensgarnison im besetzten Rheinland betrug einschließlich aller militärischen Behörden, wie Bezirkskommandos und Materiallager allerhöchstens 60 000 Mann. In der Zeit des Abchlusses des Locarno-Vertrages belief sich die Stärke der Besatzungsmacht auf ungefähr 86 000 Mann. Wenn auch inwieweit diese Mannschafszahl tatsächlich etwas herabgesetzt wurde, so hat diese Verminderung doch noch nicht einmal die von der Entente festgesetzte Mindestgrenze von 75 000 erreicht. Wie gewissenlos man a. B. in Paris mit solchen Rechtfertigungen operiert, zeigt die Tatsache, daß die Garnison von Rehl als zur Garnison von Straßburg gehörig gezählt wird.

Nach den uns gewordenen Zusicherungen in der Vorkonferenznote und nach den Versprechungen, die uns in Locarno gemacht wurden, Versprechungen, die selbst nicht der politische Korrespondent des Daily Telegraph anzuzweifeln wagt, haben wir das unumkehrliche Recht, auf die Verminderung der Besatzungsmacht auf 45 000 Mann zu bestehen. Herr Briand hat zwar erklärt, daß seine Generale sich dahin ausgesprochen hätten, daß eine Verminderung der Besatzung unter die Stärke von 60 000 Mann nicht in Frage kommen könne. Aber er wird sich wohl sagen lassen müssen, daß eine weitere Unnachgiebigkeit in dieser Frage eine Enttäuschung für das deutsche Volk bringen würde, die so tief und so schwer sein dürfte, daß sie sich unbedingt auch auf die Einstellung der deutschen Weltöffentlichkeit zum Locarno-Vertrag als solchem auf nachdrücklich bemerkbar machen wird.

## Deutscher Vorkonferenzschritt wegen der Besatzungstruppen.

Berlin. (Funkpruch.) Die deutschen Vorkonferenz haben von der Reichsregierung den Auftrag erhalten, die Bedingungen bei denen sie akzeptiert sind, um Aufklärungen über die Nachrichten, betreffend die geplanten Truppenverlegungen im besetzten Gebiet zu bitten. Die Vorkonferenz werden bei dieser Gelegenheit nicht verfehlen, darauf hinzuweisen, daß die geplante Ueberführung der zweiten und dritten Zone mit den aus der ersten Zone entfernten Truppen als ein Verstoß gegen die Bestimmungen des Friedensvertrages und gegen die vereinbarten Rückwirkungen anzusehen ist.

## Der Streit um die Kabinettliste.

aus Berlin. Die Verhandlungen Dr. Luthers mit den Parteien sind so zahlreichen Zwischenfällen ausgeartet, daß man wiederholt mit einem Scheitern der Aktion zur Bildung eines neutralen Kabinetts der Mitte rechnen mußte. Dabei wurden allerdings die hinter den Kulissen zum Austrag gelangten Verhandlungen, deren Inhalt mit viel Eifer verborgen, daß man sich in der Öffentlichkeit gar nicht erklären konnte, warum die Besprechungen Dr. Luthers immer wieder auf einem toten Punkt anlangten. Jetzt endlich werden die außerordentlich großen Schwierigkeiten bekannt, die sich dem Kanzler von Anfang an entgegenstellten, und die nicht nur auf sachlichem Gebiet, sondern auch bei der Regelung der Personalfrage bestand. Im Laufe des Freitags kam es zu einem offenen Konflikt zwischen den Demokraten und der Deutschen Volkspartei, der sich um die Befestigung des Reichsministeriums des Innern drehte, das die Demokraten ihrem Fraktionsführer Dr. Koch übertragen wissen wollten, während die deutsche Volkspartei es für Dr. Curtius in Anspruch nahm. Dieser Streit nahm in den Mittagsstunden derart scharfe Formen an, daß Reichskanzler Dr. Luther gezwungen war, die Verhandlungen zu unterbrechen. Die demokratische Reichstagsfraktion, die sofort zusammenberufen wurde, stellte sich auf den Standpunkt, daß sie unter allen Umständen ein politisch bzw. führendes Ministerium beanspruchen müsse, wenn sie die Verantwortung an den Regierungsgeschäften mit übernehmen soll. Angesichts der großen Erregung, die in der demokratischen Fraktion wegen der Haltung der Deutschen Volkspartei herrschte, wäre es beinahe schon am Mittag zu dem Beschluß gekommen, der Regierung Luther überhaupt fernzulassen. Nur durch das persönliche Eingreifen führender Parlamentarier konnte die demokratische Fraktion davon abgehalten werden, die Verhandlungen endgültig abzubrechen. Zwischen der Deutschen Volkspartei und den Demokraten herrschte infolge dieser Geschehnisse eine derartige Spannung, daß dadurch von vornherein die Fortführung der Verhandlungen außerordentlich erschwert wurde.

Wie es scheint, ist der Streit um die Personalfrage in der Hauptsache dadurch entstanden, daß die Demokraten dem neuen Kabinett Luther einen stärkeren politischen Charakter geben wollten, und daß sie damit das Ziel im Auge hatten, bestimmte Garantien gegen einen politischen Rechtskurs der Regierung zu schaffen. Auf der anderen Seite waren die Unterhändler der Deutschen Volkspartei der Ansicht, daß die Zusammensetzung des Kabinetts nicht etwa als Kampfanlage gegen die Deutschnationalen aufgefaßt werden dürfte und daß aus diesem Grunde die Befestigung des Innenministeriums durch einen Demokraten strengstens vermieden werden müsse.

## Reichsernährungsminister Graf Raub.

aus Berlin. Der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft, Graf Raub, hat gestern an den Reichskanzler Dr. Luther folgendes Schreiben gerichtet: Berlin, den 15. Januar 1926. Hochverehrter Herr Reichskanzler! Ich bitte Sie, von meiner Wiederberufung in ein neues Kabinett abzusehen, da einerseits die verantwortungsvolle und anstrengende Tätigkeit des Leiters eines Wirtschaftskreislaufs in fast 2 1/2 Jahren schwerster Wirtschaftskrise eine gerade unter den heutigen Verhältnissen besonders schnelle politische und gesundheitliche Abnutzung mit sich bringt, die für mich jedenfalls eine längere Erholungszeit unbedingt notwendig macht, andererseits jedoch erfordern die andauernd schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse meiner Ansicht nach die ununterbrochene Weiterführung meines Amtes durch eine frische, unverbrauchte Kraft. In gewohnter Hochachtung bleibe ich sehr ergebener Graf Raub.

## Keine Regierungsänderung in Preußen.

aus Berlin. Aus parlamentarischen Kreisen erfahren wir, daß der ursprüngliche Plan, im Zusammenhang mit der Neubildung des Reichskabinetts auch eine Neubildung des preussischen Ministeriums vorzunehmen, infolge des Scheiterns der Großen Koalition im Reiches gegenstandslos geworden ist. Die Drohung der Demokraten, aus der preussischen Regierung auszutreten, wenn die Sozialdemokratie sich nicht an der Reichsregierung beteiligt, war doch nicht ernst genug gemeint, um zu wirklichen Konsequenzen in Preußen zu führen. Nachdem im Reiches ein Kabinett Luther gebildet wird, dürfte vorläufig von keiner Seite die Frage einer Umgruppierung in Preußen zur Erörterung gestellt werden.

## Klage wegen Verleumdung des Regierungspräsidenten Gräuner.

W Magdeburg. Der Oberstaatsanwalt hat gegen den verantwortlichen Schriftleiter des „Stahlhelm“ Dertinger-Magdeburg sowie gegen den Gauleiter des Stahlhelm in Westfalen Egellin-Brünge (Westfalen) wegen Verleumdung des Regierungspräsidenten Gräuner-Merleburg Klage erhoben. Der Anklage liegt folgender Tatbestand zugrunde: Dertinger und Egellin behaupteten, Regierungspräsident Gräuner habe sich im März 1922 in den Prozess gegen die Organisation Consul vor dem französischen Kriegsgericht in Düsseldorf auf die Aufforde-

Die Bayerische Volkspartei hat bei diesen Auseinandersetzungen die Deutsche Volkspartei kräftig unterstützt. Sie wandte sich nicht nur dagegen, daß das Innenministerium in demokratische Hände gelangen könnte, sondern sie ging sogar soweit, den demokratischen Kandidaten für das Reichsfinanzministerium, Dr. Rheinhold, abzulehnen, indem sie behauptete, daß ein demokratischer Finanzminister zu stark auf die zentralistischen Tendenzen festgelegt wäre und bei den Auseinandersetzungen über den Reichsfinanzausgleich mit der bayerischen Regierung in Konflikt geraten würde. Diese Einwendungen der Bayerischen Volkspartei waren geeignet, die Gegensätze noch mehr zu verschärfen, so daß die Situation in den Abendstunden keineswegs sehr hoffnungsvoll ausfiel. Reichskanzler Dr. Luther hatte die denkbar größte Mühe, die Verhandlungen wieder in Fluß zu bringen, die jedoch sehr schnell wieder an einem sehr kritischen Stadium anlangten.

In der Nachmittagsbesprechung des Reichskanzlers mit den Parteivertretern sagte sich die Lage so zu, daß gegen 7 Uhr abends die Verhandlungen abgebrochen und auf Sonnabend vormittag vertagt werden mußten. Der Reichskanzler Dr. Luther begab sich gleich darauf zur Berichterstattung zu dem Reichspräsidenten.

## Fortsetzung der Verhandlungen.

Berlin. (Funkpruch.) Reichskanzler Dr. Luther nahm heute um 10 Uhr die Besprechungen mit den Führern der Mittelparteien im Reichstag wieder auf. — Die Fraktionen der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Demokraten blieben trotz der Vertagung des Reichstags in Berlin versammelt. Sie treten heute um 11 Uhr bes. um 12 Uhr zu Sitzungen zusammen.

## Die Besprechungen am nachm. 5 Uhr vertagt.

Berlin. (Funkpruch.) Die Besprechungen mit den Parteiführern wurden kurz vor 1 Uhr abgebrochen und auf 5 Uhr nachmittags vertagt. Neben den bisherigen Vertretern der Parteien nahmen heute auch die Abgeord. Hepp (D.F.P.), Marx (Zentr.), Erkelenz (Dem.), Dr. Haas (Dem.) und der Reichsarbeitsminister Dr. Brauns an den Verhandlungen teil. Ueber das Ergebnis der Besprechungen erfahren wir, daß eine Einigung der Parteien über die Befestigung des Reichsinnenministeriums noch nicht erzielt werden konnte. Dr. Luther wird in der Nachmittagsbesprechung endgültige Vorschläge machen, über die dann die Parteien zu entscheiden haben.

## Wünsche des Reichslandbundes.

Berlin. Wie verlautet, hat der Reichslandbund zu Händen des designierten Reichskanzlers Dr. Luther eine von den beiden Präsidenten des Reichslandbundes Graf Raubentz und Hepp unterzeichnete Erklärung abgegeben, in der eine Reihe von Wünschen ausgedrückt wird, darunter Vereinfachung des Verwaltungsapparates im Reich, Ländern und Gemeinden, Verminderung der sozialen Abgaben, Befreiung von einem Lohnsystem, das die Löhne nivelliert und dadurch die Gesamtproduktionsleistung mindert und eine Handelspolitik, die nicht aus politischen Rücksichten wertvolle Produktionsgrundlagen opfert. Das deutsche Volk muß wissen, so heißt es in der Erklärung weiter, daß die Vorbedingung zu neuer Kraftentfaltung der deutschen Landwirtschaft der Vereinigung zwischen landwirtschaftlichen Betriebsmitteln und Erzeugnissen, einer der Betriebsarten der Landwirtschaft entsprechende Kreditgestaltung und Befreiung aus den Händen einer produktionsfeindlichen Spekulation ist.

## Verkündigung in der Fürstenabfindung.

Berlin. Die „Vollst. Zeitung“ meldet, daß zwischen den Führern der Mittelparteien des Reichstages gestern eine Vereinbarung über die Regelung der vermögensrechtlichen Ansprüche der deutschen Fürsten zustande gekommen sei. Von den betreffenden Parteien soll in Kürze im Reichstages ein Gesetzentwurf eingebracht werden, der die Einigung eines besonderen Schiedsgerichtes beim Reichsgericht in Leipzig vorsieht, das aus Berufsrichtern und hohen Verwaltungsbeamten zusammengesetzt sein und über alle vermögensrechtlichen Ansprüche der ehemals regierenden Häuser zu entscheiden haben soll. Auch dem „Vollst. Zeitung“ zufolge wird es für wahrscheinlich gehalten, daß unter Zurückziehung des demokratischen Antrages ein derartiger gemeinsamer Kompromißantrag der Mittelparteien eingebracht wird.